

# Ungewisse Zukunft eines umstrittenen Projekts

Wie es mit dem islamischen Religionsunterricht an Schulen weitergehen könnte, treibt die Landespolitik um

Von unserem Korrespondenten  
Theo Westermann

**Stuttgart.** Amin Rochdi führt zur Zeit viele Gespräche. Er ist seit März 2021 Geschäftsführer der Stiftung Sunnitischer Schulrat, doch der Streit um die Lehrerlaubnis für den Freiburger Islamwissenschaftler Abdel-Hakim Ourghi lässt dem einstigen Lehrer, der für die Geschäftsführung der Landesstiftung beurlaubt wurde, wenig Zeit zur Einarbeitung. Jüngst hat er mit Studierenden für das Fach islamischer Religionsunterricht an der PH Weingarten und PH Freiburg gesprochen, um sie zu beruhigen. „Da waren natürlich Ängste da“, sagt er gegenüber unserer Zeitung.

Neben der PH Freiburg mit Ourghi ist auch die PH Weingarten durch die Nichterteilung der Lehrerlaubnis für den Dozenten Abdel-Hafiez Massud betroffen. Beide Fälle liegen vor dem Schiedsgericht der Stiftung, vor Herbst ist nicht mit einer Entscheidung zu rechnen.

## Stiftung ist bis zum Jahr 2024 angelegt

Man habe auch eine Fürsorgepflicht für die Studenten – die künftig als Lehrer ebenfalls die Lehrerlaubnis der Stiftung brauchen – man wolle die Ängste nehmen, so Rochdi. „Das Kennenlernen ist für beide Seiten essentiell. Damit sie wissen, für wen sie ins Rennen gehen.“

Zur Zeit studieren laut Rochdi an der PH Ludwigsburg rund 100 angehende Lehrer Islamischen Religionsunterricht, an der PH Karlsruhe 70, in Weingarten und Freiburg jeweils etwa 20. An der Uni Tübingen sind es rund 100 Nachwuchslernlehrer für das Unterrichtsfach an Gymnasien.

Der Wirbel angesichts der Vorwürfe Ourghis, man wolle mit ihm einen Vertreter des liberalen Islam mundtot machen, auch die Warnung des Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann

(Grüne) vor einem Scheitern der Stiftung, machen klar, auf welch wackligen Füßen das Projekt steht. Das Land gründete 2019 die Stiftung für die Organisation islamischen Religionsunterricht, sie ist bis zum Jahr 2024 angelegt.

Kretschmann wollte in der Fortschreibung des seit 2006 laufenden Modellprojekts für den Islamunterricht bekenntnisorientierten Unterricht nach dem Vorbild der christlichen Kirchen anbieten, aber angesichts fehlender anerkannter Religionsgemeinschaften auf der islamischen Seite einen gewissen staatlichen Einfluss ausüben. Seine Sorge: Andernfalls könnten klagende Verbände die Anerkennung als Religionsgemeinschaft gerichtlich erzwingen. Das Land konnte damals nur mit zwei relativ kleinen Verbänden zusammenarbeiten, dem Verband der Islamischen Kulturzentren sowie der Islami-

schen Gemeinschaft der Bosniaken. Der Vorstand der Stiftung wird von fünf Personen gebildet, die von den beiden Verbänden benannt werden. Für drei der Vorstandsmitglieder ist die Zustimmung des Landes erforderlich. Die deutlich größeren Moscheeverbände Ditib und die Islamische Glaubensgemeinschaft (IGBW) hatten die Mitarbeit abgelehnt.

Nur ein Bruchteil der Schüler mit muslimischem Hintergrund wird überhaupt mit dem neu ausgerichteten Angebot erreicht. Derzeit besteht ein Angebot an 86 Schulen, rund 6.000 Schüler nehmen teil. 2018/19 gab es kritische Stimmen bis in die Regierungsparteien Grüne und CDU. Das damals gewählte Modell falle dem Ministerpräsidenten nun auf die Füße, so auch grüne Stimmen im Hintergrund. Beim Regierungspartner CDU war mancher mit dem Blick auf die potenziellen

Partner nicht begeistert, favorisiert wurde eher ein staatlich organisierter religionswissenschaftlicher Islamunterricht nach dem Vorbild anderer Bundesländer. Bischöfe der christlichen Kirchen hatten sich aber bei der CDU für diesen bekenntnisorientierten Unterricht stark gemacht. Ein stärkerer Anteil der vom Land gebilligten Vertreter in den Gremien der Stiftung sollte damaligen Bedenken Rechnung tragen.

## Bei Abgeordneten laufen die Drähte heiß

Bei Abgeordneten vor allem der Regierungsfaktionen laufen nun die Drähte heiß. Denn klar ist, bald beginnen die Debatten, wie es nach 2024 weitergehen soll. Alexander Becker, Abgeordneter aus Rastatt und Schulexperte der CDU-Landtagsfraktion, erinnert an die damalige Kritik aus den eigenen Reihen, aber heute ist für ihn klar: „Wir wollen das Stiftungsmodell zum Erfolg führen“. Der konfessionsgebundene Unterricht müsse etabliert werden, Kernpunkte für die Partner müssten die Akzeptanz der Wissenschaftsfreiheit und die Freiheit vom Einfluss anderer Staaten sein. „Wir schauen uns das genau an“, so Becker. Und wenn es nichts werde, schließe er nicht aus, dass das Ganze wieder in staatliche Obhut zurückgeführt wird. Becker betont aber: „Ob mit Stiftung oder ohne: Wir brauchen Lehrer für dieses Fach, egal wer hinterher die Lehrerlaubnis erteilt oder sie im Schuldienst einsetzt.“

Die Freiburger Grünen-Abgeordnete Nadyne Saint-Cast plädiert nach einem Gespräch mit Abdel-Hakim Ourghi für Kooperationsbereitschaft auf beiden Seiten und kündigt eine intensivere Beschäftigung ihrer Fraktion mit dem Thema Schulstiftung und ihrer Zukunft an. Auch sie bekennt sich zum Konstrukt der Schulstiftung, klar sei aber auch, dass sie ein „Übergangsmodell“ sei.



**Modellprojekt:** Derzeit besteht ein Angebot für Islamunterricht an 86 Schulen im Land, etwa 6.000 Schülerinnen und Schüler nehmen teil. Foto: Frank Rumpenhorst/dpa